



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/228- 2.10.1952

Hinweise  
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 37654-59  
Fernschreiber 039890

Französisch-sowjetrussische Gespräche in der Schweiz	S. 1
Deutsche Städtenamen italisiert	S. 3
Vor einem Schulkampf in Baden-Württemberg ?	S. 4

## Achse Paris - Moskau

P.R. Washalb hat es um die Bemerkungen des Abgeordneten Wehner auf dem Parteitag der SPD über Verbindungen von Hintermännern offizieller französischer und sowjetischer Stellen so große Aufregung gegeben ? Doch nur, weil das angedeutete Komplott leider eine so starke innere Wahrscheinlichkeit in sich trägt. Große ausländische Zeitungen, die jeder Schützenhilfe für die deutsche Sozialdemokratie unverdächtig sind, wie die schweizer "Tat" und der britische "Observer", haben das sehr klar gemacht. Sie haben an jenes Geheimtreffen im letzten Frühsommer erinnert, bei dem Franzosen und Russen mit amtlichem Charakter sich trafen und von dem auch die Regierungsstellen in Bonn gewußt haben müssen, so daß die aufgeregte Reaktion des Kanzlers wieder einmal recht künstlich wirkte. Das wird auch in den erwähnten ausländischen Zeitungen offen ausgesprochen, zu denen in diesem Punkt selbst der konservative Pariser "Le Monde" hinzukommt.

Sehr aufschlußreich sind nun Bemerkungen in einem neuen Beitrag des Ost-Mitarbeiters der "Tat". Danach hat der frühere französische Botschafter in Moskau, Chataigneau, jene Besprechung zwischen hohen Beamten des Quai d'Orsay mit russischen Emissären arrangiert und Stalin habe dann am 22. August den Nachfolger Chataigneaus, Louis Joxe, in Privataudienz empfangen und ihm, nach Äußerungen sowjetischer Quellen in London, versichert, daß zwischen der Sowjet-Union und Frankreich keinerlei Interessengegensätze bestünden und daß er, Stalin, den französisch-russischen Bündnisvertrag vom 10. Dezember 1944 nach wie vor als gültig ansehe. - Erinnert man sich in diesem Zusammenhang an die nach den Begleitumständen etwas seltsamen Indiskretionen des italienischen Kommunistenfreundes Nenni über eine Privatunterhaltung mit Stalin und dessen auf die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands abzielenden Äußerungen, so rundet sich das Bild sehr auffallend.

Aber offenbar ist in solchen Geheimbesprechungen nicht nur von den Vorteilen eines gespaltenen Deutschlands sowohl für Frankreich wie für die Sowjet-Union die Rede gewesen, sondern

auch von der Notwendigkeit, einen deutschen militärischen Beitrag zur EVG so niedrig wie möglich zu halten und ihn auf die harmlose Größe von 150000 Mann zu begrenzen. Dafür sollte sich die Pariser Regierung innerhalb der EVG und vor allem gegenüber Washington stark machen. Formelle Vereinbarungen seien entsprechend dem geheimen Charakter der Verhandlungen nicht getroffen worden, aber man habe sich auf diese Linie geeinigt. Trifft das zu, so wäre das eine vollkommene Desavouierung der auf die Entfaltung einer Höchststärke des Westens, einschließlich der Bundesrepublik, gerichteten offiziellen Politik der Westmächte und dazu ein neuer Beweis für die Unaufrichtigkeit der französischen Politik gerade auch gegenüber dem Bundeskanzler.

Schließlich sei an eine Tendenz erinnert, die auf den ersten Blick nur wenig mit diesen Dingen zu tun hat, in Wirklichkeit aber sehr viel: Die sich immer deutlicher anbahnende veränderte Haltung des Kreml in seinem Verhalten zur Umwelt. Genaue Beobachter und gute Kenner der gewiß recht undurchsichtigen russischen Politik sind der Überzeugung, daß der für den 5. Oktober einberufene Parteikongreß der KPSU einen Kurswechsel in der Richtung bringen wird, auf eine Politik auf weite Sicht' umzuschalten, wofür es viele Anzeichen gibt. Auch dies würde in die Linie der Bemühungen passen, den Kalten Krieg auf dem gegenwärtigen Stand der Abgrenzung der Einflusssphären endgültig einfrieren zu lassen und in den Westländern mit starkem kommunistischem Einfluß, wie Frankreich und Italien, dem politischen Kampf auf der parlamentarisch-legalen Ebene den Vorrang vor der paramilitärischen Auseinandersetzung mit der Ausbildung von Partisanen- und Terrorgruppen und der Anzettelung von Sabotageakten und wilden Streiks zu geben.

Die Bundesregierung hat, das ist sicher, auf die Politik des Kreml wenig Einflußmöglichkeiten. Aber ebenso sicher ist richtig, was die "Tat" schreibt: "Die Bonnar Regierung hat es seit dem Frühling dieses Jahres konstant und konsequent verschmäht, die sowjet-russischen Offerten dazu zu benutzen, sich vermehrte außenpolitische Handlungsfreiheit zu verschaffen. Sie setzt ausschließlich auf die amerikanische Karte, um sich das Vertrauen Washingtons zu erwerben. Es besteht für Moskau nicht die geringste Aussicht, daß sich der Bundeskanzler zu einer elastischeren Haltung bereitfindet. Also ist es nur natürlich, daß sich die Sowjetregierung bemüht, mit den beiden anderen kontinental-europäischen Partnern des Atlantik-Paktes, die es wert sind, daß man sich um sie bemüht - nämlich Frankreich und England - in irgendeiner Form ins Benehmen zu setzen. Frankreich ist der günstigere Ansatzpunkt, weil es zugleich Mitglied der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft in spe ist".

Das Ganze aber geht auf Kosten der deutschen Einheit. Wenn die Bundesregierung fortfährt, auf der bisherigen Linie zu operieren, der vorbehaltlosen Einbeziehung des größeren Teiles Deutschlands in die Organisationen des Westens den Vorzug vor der Möglichkeit zu geben, mit allem Ernst und größter Intensität die letzte Chance für eine Wiedervereinigung auf friedlichem Wege auszunutzen, dann wird vor allem auch sie die Verantwortung für eine verewigte Spaltung Deutschlands zu tragen haben.

Aus Bonn wurde Bonna

v. sch. Rom, Anfang Oktober

Während des kürzlichen Besuches des italienischen Ministerpräsidenten de Gasperi sind einige der grössten italienischen Blätter plötzlich auf den Gedanken gekommen, den Namen der provisorischen Hauptstadt der Bundesrepublik zu italianisieren. Mit irgendeiner mehr oder minder wissenschaftlich-historischen Begründung nannten sie Bonn eines Tages Bonna und datierten in dieser Schreibart die Berichte ihrer Sonderkorrespondenten. Das hat nur zwei oder drei Tage gedauert, und seitdem wird die Beethovenstadt wieder ohne dieses zusätzliche "a" gedruckt. Hoffentlich bleibt es nun dabei.

Es ist in der Bundesrepublik wohl nur wenig bekannt, dass überhaupt die meisten Namen deutscher Großstädte, sofern sie nicht erst im Laufe des 19. Jahrhunderts entstanden sind, auf italienisch anders lauten, manchmal sogar so verschieden vom Original, dass sie nicht leicht zu erkennen sind. Unverändert sind z.B. Hannover, Düsseldorf, Essen und die übrigen Industriestädte im Rhein- und Ruhrgebiet, Wiesbaden, Kiel und dergl., andere haben nur eine leichte Veränderung erfahren oder sind leicht zu erraten: Berlino, Brema, Amburgo (die italienische Sprache lässt im allgemeinen auch bei den sonstigen Namen das Anfangs-"H" aus), Dresda, Norimberga, Breslavia, Francoforte, Brunsvick, Colonia, Friburgo, stellen den gewöhnlichen deutschen Leser vor kein Rätsel.

Bei anderen Namen muss man schon kurz nachdenken, z.B. Lipsia=Leipzig oder Stoccarda=Stuttgart. Interessant ist es im letzteren Falle, dass die italienische Schreibweise sehr der Art ähnelt, wie die Schwaben selber den Namen ihrer Hauptstadt aussprechen. Das gilt bis zu einem gewissen Grade auch für Constanza=Konstanz.

Etwas schwieriger wird es schon, wenn Städte römischen Ursprungs einen Namen tragen, der ihrer lateinischen Herkunft entspricht: Treviri=Trier, Magonza=Mainz, Monaco=München. Im Falle der bayerischen Hauptstadt steht der Zeitungsleser manchmal vor der Frage, ob es sich um die süddeutsche Großstadt oder um Monte-Carlo handelt. Und wer würde ohne weiteres darauf kommen, dass mit Augusta Augsburg gemeint ist? (Ein Augusta gibt es auch in Sizilien).

Den Vogel schießt allerdings ein Name ab, der gerade während des Besuches de Gasperis in Westdeutschland zu hohen Ehren in der italienischen Presse gelangte: Aquigrana. Auch da spielt die lateinische Etymologie die entscheidende Rolle. Aber die Bewohner der alten Kaiserstadt Aachen dürften sich nicht wenig wundern, wenn sie erfahren, dass sie nicht nur auf französisch als Aix-la-Chapelle ganz anders heisst, sondern auch im Italienischen einen Namen trägt, den wohl nur die wenigsten von ihnen jemals gehört haben.

+ + +

### Aufmarsch der Schulreaktion in Württemberg-Baden

RGH - Stuttgart

Unter den mannigfachen Streitfragen, die durch den Aufbau des südwestdeutschen Bundeslandes aufgeworfen werden, sind Schulfragen besonders umstritten. Das gilt schon für den verwaltungsmässigen Aufbau. So kann man lebhaft Bemühungen feststellen, die Volksschulen aus dem zentralen Aufbau der Unterrichtsverwaltung herauszulösen und sie verwaltungsmässig den neu zu bildenden "Mittelinstanzen", den Regierungspräsidenten der vier alten Landesteile zu unterstellen; nicht aber die Höheren Schulen und selbstverständlich auch nicht die Hochschulen. Bisher wurden in allen bisherigen Ländern alle Schulen vom Unterrichtsministerium verwaltet. Man behauptet, eine solche Abtrennung der Volksschulen bringe eine grössere Einheit in der Verwaltung der Mittelinstanzen, sei sparsamer und stärke die Stellung der Regierungspräsidenten.

Die an sich verwaltungstechnische Frage ist aber, wie alle Schulfragen, auch von politischer Bedeutung. Deshalb muss man, selbst völlig abgesehen von den Problemen der Schulreform, die Forderung nach einer Aufspaltung und Ausklammerung der Volksschulen aus der Einheit des staatlichen Erziehungswesens auch von dieser weitaus bedeutsameren Sicht aus kritisch betrachten. Wenn man beobachtet, wie auf verschiedenen Gebieten die Vorhuten des von der oppositiven CDU und der Katholischen Kirche gesteuerten Kampfes um die Schulbestimmungen in der zu schaffenden Verfassung bereits aufmarschieren, so wird klar, dass auch die verwaltungstechnischen Absichten ganz andere Ziele als Vereinfachung und Sparsamkeit haben. Hierzu gibt es einige beweiskräftige Beispiele.

Die Landesbezirkdirektion Karlsruhe für Unterricht hat vor einiger Zeit eine Umfrage bei den Religionslehrern der Berufsschulen veranstaltet, durch welche diese über ihre Erfahrungen bei der Erteilung des Religionsunterrichtes berichten sollten. Dabei ergab sich, dass die grosse Mehrheit der Schüler religiösen und kirchlichen Fragen teilnahmslos und gleichgültig gegenüberstehen und den Religionsunterricht als unliebsamen Zwang empfinden.

Sofort erfolgte ein Vorstoss von CDU-Seite, deren Pressedienst "bedenkliche Anfänge einer augenscheinlich systematischen Untergrabung der christlichen Grundlage unserer Schulen" daraus konstruierte. Der eigentliche Zweck dieser Unterstellung wird deutlich, wenn dann gesagt wird, in dem von den Regierungsparteien ausgearbeiteten Verfassungsentwurf stehe kein Wort über den Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach und damit werde "der hemmungslosen Zerstörung der christlichen Grundlagen der Schule Tür und Tor geöffnet."

Ein zweites Beispiel für die Vorbereitung eines südwestdeutschen Kulturkampfes lieferte die erste von sechs geplanten Kleruskonferenzen der Freiburger Diözese, an der Erzbischof und Weihbischof teilnehmen. Hier forderten die 150 versammelten Geistlichen aus Baden die Verankerung des Elternrechts in der neuen Verfassung, die Aufrechterhaltung der Konfessionsschulen in Württemberg-Hohenzollern und bezeichnenderweise die verfassungrechtliche Möglichkeit einer Umwandlung der bisherigen Simultanschulen in den anderen bisherigen Ländern; ferner den Religionsunterricht in allen Schularten, konfessionelle Lehrerbildung und staatliche Unterstützung der Privatschulen.

Die Landestagung der südbadischen CDU verlangte ausserdem die Beseitigung des "Kanzlerparagraphen" im Verfassungsentwurf der Regierung und die "Bildung eines demokratischen Beirates zur Überwachung der Tätigkeit der Regierungspräsidenten" - denen, wie gesagt, die Volksschulen unterstellt werden sollen. Wodurch sich der klerikale circulus vitiosus schön abgerundet schliesst.